Neue Ueberfälle auf Deutsche in Mainz.

Französische Besatzungshelden im Schutze der Dunkelheit.

Mainz, 11. Jan. **Wie der „Mainzer Anzeiger" meldet, haben sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wieder mehrere Zwischenfälle ereignet. Französische Soldaten griffen deutsche Zivilisten, die sich auf dem Nachhauewege befanden, im Schutze der Dunkelheit aus dem Hinterhalt an und fügten ihnen schwere Schlagverletzungen zu. Die Ueberfälle fanden in einem abgelegenen Stadtteil statt.**

Im einzelnen wird dazu noch gemeldet: Der Eisenbahnsekretär Vogel und seine Frau holten kurz vor 1 Uhr abends ihre 21jährige Tochter aus dem Staatstheater ab. Auf dem Heimwege begegneten ihnen an der Kreuzung Drususwall-Römerwall zwei französische Soldaten. Einer von diesen sprang plötzlich hinter den die Straße säumenden Bäumen hervor und versetzte dem jungen Mädchen mit einem Stahlhelm einen heftigen Schlag auf die Stirn. Das Mädchen sank bewußtlos zu Boden. Während die Eltern sich um ihre Tochter bemühten, verschwanden die französischen Soldaten eilig in der Dunkelheit. Wenige Minuten vor diesem Zwischenfall haben dieselben Soldaten den Kaufmann Volk ohne Veranlassung mit den Fäusten bearbeitet. Außerdem wurden in noch weiteren drei Fällen deutsche Passanten von denselben Angreifern belästigt.

Es gewinnt nachgerade den Anschein, als würden diese ununterbrochenen Ueberfälle und Gewaltsamkeiten gegenüber der friedlichen Bevölkerung des besetzten Gebietes von militärischer Seite mit Absicht hervorgerufen, um die Deutschen zu Handlungen des Widerstandes zu provozieren und dann sagen zu können, daß eine Räumung nun erst recht nicht stattfinden könne.

Grzesinsky hofft auf ein baldiges Ende der Besetzung.

Köln, 11. Jan. Bei einem Frühstück, das der neue Regierungspräsident in Köln, Elfgen, heute mittag aus Anlaß der Anwesenheit des preußischen Ministers des Innern, Grzesinsky, gab, hielt dieser eine Ansprache, in welcher er zur Besatzungsfrage ausführte:

Trotz der Besonnenheit der Bevölkerung birgt der Aufenthalt fremder Besatzungstruppen in einem friedlichen Lande die Gefahr schwerer Konflikte in sich. Jeder, der ernstlich Befriedung der Verhältnisse am Rhein und die Verständigung der großen Kulturvölker will, **muß fordern, daß die Besetzung deutschen Gebietes durch fremdes Militär so bald wie möglich ein Ende nimmt.** Zum ersten Male wird auch in Frankreich von einer Seite deutlich ausgesprochen, daß mit Locarno, mit einer aufrichtigen Verständigungspolitik, sich die Fortsetzung der Rheinlandbesetzung nicht verträgt.

Keine Besetzung, aber Ausbau des Verteidigungssystems!

Ein Vorschlag der „Volonté".

Paris, 11. Januar. In einem bemerkenswerten Artikel setzt sich heute die „Volonté" mit den französischen Locarno-Gegnern auseinander, die mit allen Mitteln eine vorzeitige Rheinland-Räumung bekämpfen. Ein Tauschgeschäft, so führt das Blatt aus, würde uns die Kontrolle sichern über die entmilitarisierte Zone und die finanziellen Mittel, unsere Ostgrenze zu befestigen. Weiter verweist das Blatt darauf, daß ihm gegenüber ein sehr bekannter General die militärischen und taktischen Vorteile einer Rheinlandbesetzung geleugnet habe. **Mit dem Gelde, das man unnützerweise in Ruhrgebiet und Rheinland gesteckt habe und stecke, hätte man den Anfang machen können, das französische Verteidigungssystem auszubauen.** Nach Ansicht der militärischen Sachverständigen seien zum Ausbau 24 Milliarden nötig, die Frankreich von den angelsächsischen Mächten aber nur unter der Bedingung erhalten könne, daß es dem Schuldenabkommen zustimme und sich zur Befriedung Europas bereit erkläre, die die vorzeitige Rheinlandräumung zur Voraussetzung habe. Man müsse deshalb **Verhandlungen über die Räumung anknüpfen, die Rheinlandkontrolle zu sichern und eine politische** Entspannung zu verwirklichen suchen. (T. U.)

Die Pariser Verhandlungen über die Restpunkte.

Paris, 11. Januar. **General v. Pawelsz und Geh. Rat Forster haben heute nachmittag mit dem Generalstabschef des Marschalls Foch, General Barochin, verhandelt.**

Wie aus französischer Quelle verlautet, sollen im Laufe der Unterredung die Deutschen auf den defensiven Charakter der deutschen Ostbefestigungen hingewiesen und erklärt haben, daß an dem gegenwärtigen Stand der Befestigungsanlagen nichts geändert werden könnte. Zu diesen französischen Nachrichten über die heutigen Besprechungen teilt die T. U. auf Grund von Erkundigungen an deutscher Stelle mit, daß diese Meldungen stark tendenziös gefärbt sind. Es ist nur soviel richtig, daß die Besuche und Besprechungen der deutschen Unterhändler stattgefunden haben, während die ihnen in den Mund gelegten Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen sind.

Der Königstein a. d. Elbe wieder Festung!

In der Pariser Presse.

Dresden, 11. Januar. Es ist zum Lachen, aber so liest man es tatsächlich im „Paris Midi" vom 8. Januar. Die polnische Botschaft in Paris versucht natürlich alles mögliche, um die Pariser Zeitungen gegen Deutschland scharf zu machen. Da die Festungen im Osten Deutschlands den Polen besonders unangenehm sind, wird erzählt, Löwen und Königsberg seien vorzüglich ausgebaute, vollkommen moderne Anlagen der Landesverteidigung. Und sogar unser guter alter Königstein im Elbtale avanciert auf seine alten Tage noch einmal zu einer Festung erster Güte.

„Alte Schlösser", so schreibt das Pariser Blatt u. a., „wie der Königstein in Sachsen, würden zur Unterbringung von Kanonen bestimmt, auf dem Königstein seien 4000 untergebracht. (!) Deutschland habe kein Recht, seine alten Festungen zu modernisieren." Deutschland brauche keine Festungen, da es durch den Eintritt in den Völkerbund nicht mehr bedroht sei. Die Tschechei solle mit Polen zusammengehen, um Deutschland zur Zerstörung der Festungen zu zwingen.

Ministerrat in Paris.

Die Debatte über die Außenpolitik vertagt.

Paris, 11. Jan. Das offizielle Kommuniqué über den vormittags abgehaltenen Ministerrat besagt lediglich, daß **Briand über die auswärtige Lage und insbesondere über die Vorgänge in China berichtete.** Ein Kabinettsrat findet am nächsten Donnerstag statt.

Havas berichtet folgendes: In dem heute vormittag abgehaltenen Ministerrat wurde **einstimmig die Ansicht vertreten, daß es angebracht sei, die Besprechung der Interpellationen über die auswärtige Politik zu vertagen.** Kriegsminister Painlevé erklärte auf Befragen, daß die Debatte über den Gesetzentwurf betr. die industrielle Mobilisierung wahrscheinlich bald stattfinden und daß sich die Aussprache über die Heeresreform daran anschließen würde.

Wiedereröffnung der Pariser Parlamente.

Paris, 11. Jan. Bei der Eröffnung der ordentlichen Session der französischen Parlamente hielt der Kammer-Alterspräsident, Professor Binard, die Eröffnungsansprache. Er vertrat die Auffassung, daß der Versailler Vertrag weder vom Geiste der Rachsucht, noch vom Geiste der Eroberungssucht getragen sei. (!!) Er erwähnte alsdann den Völkerbund als den Leuchtturm des Friedens und das Werk von Locarno. Auf innerpolitisches Gebiet übergehend, berührte Professor Binard die Zusammenarbeit Poincarés und Herriots. Die Besserung der Finanzlage glaubte der Alterspräsident nicht nur auf die Tätigkeit Poincarés, sondern auch auf die Haltung der Mehrheit der Kammer zurückführen zu können. Die Kammer trat hierauf in die Wahl ihres Bureaus ein.

Der sozialistische Abgeordnete Bouisson wurde mit 284 Stimmen im dritten Wahlgang zum Kammerpräsidenten gewählt. Der ehemalige Kriegsminister Maginot erhielt 186 Stimmen.

In seiner Eröffnungsansprache im Senat begrüßte Alterspräsident Fleury die wieder- bzw. neugewählten Senatoren. Er erklärte, daß, solange die Finanz- und Wirtschaftslage in Frankreich nicht vollkommen sicher gestellt sei, der Burgfrieden unter den Parteien nötig sei, wenn man nicht neuen furchtbaren Gefahren entgegengehen wolle. Der Senat beschloß hierauf, am Donnerstag die Prüfung der Mandate der neugewählten Senatoren vorzunehmen und vertagte sich bis zu diesem Zeitpunkt. (W. T. B.)

Verlängerung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums nötig.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Januar. Die deutsch-französischen Handelsvertrags-Verhandlungen sollten Mitte dieses Monats fortgesetzt werden. Es war dabei vorausgesetzt, daß bis dahin der neue französische Zolltarif vorliege und geprüft sein werde. Nun ist der französische Zolltarifentwurf erst in den letzten Tagen von der französischen Regierung fertiggestellt worden. Eine Prüfung konnte also bisher noch nicht stattfinden. Die Folge davon ist, daß **die Fortsetzung der Verhandlungen hinausgeschoben wird.** Nun läuft aber am 21. Februar das Handelsprovisorium mit Frankreich ab. Es ist deshalb notwendig, dies um einige Wochen zu verlängern, wie lange, läßt sich jetzt noch nicht sagen, da ja erst die Verhandlungen über den definitiven Vertrag zu Ende geführt werden müssen.

Verschärfung der deutsch-polnischen Gegensätze.

Zur Rede des polnischen Ministers Zaleski.

Berlin, 11. Januar. Die Rede, die der polnische Außenminister Zaleski am Sonntag in Warschau gehalten hat, gab dem WTB. Anlaß, in deutschen Regierungskreisen nachzufragen, auf welche Gründe und Absichten die auffallenden Ausführungen dieser Rede zurückzuführen sein könnten. Von maßgebender Seite wurde darauf folgendes geantwortet:

Daß Herr Zaleski Polen in beweglichen Worten als „das pazifistische Land und als den traditionellen Hort des Friedens in Europa" gepriesen hat, ist eine Kennzeichnung der polnischen Politik, über die man ohne Kommentar hinwegsehen kann. Von Interesse ist es dagegen, daß der polnische Außenminister eine Gelegenheit gesucht hat, um öffentlich gegen Deutschland in aller Form

den Vorwurf eines Bruchs der Völkerbundsatzung

zu erheben. Derartige Beschuldigungen durch eine im Völkerbundrat vertretene Macht sind in der Tat ein recht ungewöhnlicher Vorgang. Man sollte denken, daß der richtige Weg für eine solche schwerwiegende Anklage die Anrufung des zuständigen Völkerbundsorgans, nämlich des Völkerbundrates, gewesen wäre. Wenn die Warschauer Rede etwa der Auftakt zu einer Auseinandersetzung in Genf sein soll, so sehen wir dem gern entgegen.

Herr Zaleski sagt, Deutschland habe den Artikel 10 der Satzung dadurch verletzt, daß es neuerdings eine „gewaltsame Propagandaoffensive" betreibe. Da der Artikel 10 bekanntlich die Achtung der Unversehrtheit des Gebietes der Bundesmitglieder zum Gegenstand hat, kann hiermit nicht anderes gemeint sein, als daß sich Deutschland neuerdings zu einem aggressiven Vorgehen gegen Polen entschlossen habe und dieses Vorgehen durch eine entsprechende Propaganda vorbereite. **Nichts ist unsinniger, als derartige Unterstellungen.** Der deutsche Standpunkt in der Frage der politischen Westgrenzen ist seit Jahr und Tag bekannt und bedarf keiner Propaganda. Er ist von den verantwortlichen deutschen Staatsmännern oft genug und unzweideutig festgelegt worden. **Diese klare und unabänderliche Einstellung der deutschen Politik ist alles andere als eine Verletzung des Völkerbundspaktes.** Es ist nicht der Sinn des Paktes, insbesondere nicht der Sinn des Artikels 10, die lebendige, den gemeinsamen Interessen der Völker entsprechende Entwicklung auf immer zum Stillstand zu bringen. Das ergibt sich, um nur eins zu sagen, schon aus dem Artikel 19 der Satzung, der es als Aufgabe des Völkerbundes hinstellt, auf die Abänderung unanwendbar gewordener Verträge und solcher internationaler Verhältnisse hinzuwirken, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.

Wir glauben, daß die Erkenntnis der Berechtigung des deutschen Standpunktes in der Weltöffentlichkeit schon zu weit fortgeschritten ist, als daß Herr Zaleski hoffen könnte, daran durch seine kühnen und oft genug widerlegten Behauptungen von dem urpolnischen Charakter der Grenzgebiete und von ihrer Unentbehrlichkeit für Polen etwas zu ändern. Alle diese Dinge sind so klar und bekannt, daß es wirklich nahe liegt,

nach besonderen Motiven

zu suchen, die den polnischen Außenminister veranlaßt haben, jetzt in geradezu sensationeller Weise die östlichen Grenzfragen aufzuwerfen und dabei der deutschen Außenpolitik eine Wendung zu aggressiven Absichten und Maßnahmen vorzuwerfen. Vielleicht ist er den Gedankengängen der Presse seines Landes gefolgt, die letzthin die Verhandlungen Deutschlands mit der Botschafterkonferenz über die Ostfestungen in durchsichtiger Absicht benutzt hat, um die strittigen Arbeiten an diesen Festungen als eine militärische Bedrohung Polens hinzustellen. Vielleicht hat er auch gehofft, Wasser auf die Mühle gewisser Politiker in Frankreich zu leiten, die in letzter Zeit den Gedanken einer baldigen Räumung des Rheinlandes mit dem Hinweis auf die angebliche Gefährdung Polens bekämpft haben. Vielleicht liegen der Rede aber darüber hinaus bestimmte politische Tendenzen hinsichtlich Litauens zugrunde, worauf namentlich die Zurückweisung des angeblichen Planes hindeutet, den Korridor gegen Litauen und Memel auszutauschen. Was es mit diesem Plane für eine Bewandtnis hat, und wer ihn nach Ansicht des Herrn Zaleski betreibt, ist der deutschen Regierung nicht bekannt, da sie ihrerseits von dem Plane nur durch ausländische Presseäußerungen gehört hat. Wenn mit derartigen Aeußerungen etwa der Versuch gemacht werden soll, Mißtrauen zwischen Deutschland und Litauen zu säen, so muß das auf das bestimmteste zurückgewiesen werden.

Alles in allem ist leider zu befürchten, daß solche Auslassungen, zu denen die Haltung Deutschlands keinerlei Anlaß gegeben hat, nicht, wie Herr Zaleski sagt, zur Beruhigung der europäischen Lage dienen, sondern im Gegenteil dazu führen, die Besorgnisse über die unklaren Verhältnisse in Osteuropa noch zu verstärken. Daß derartige Besorgnisse bestehen, ist eine notorische Tatsache. Deutschland hat nur das eine Interesse, die ruhige und friedliche Fortentwicklung in den osteuropäischen Ländern nicht gestört zu sehen. Es wird deshalb die Vorgänge in diesen Ländern in voller Ruhe, aber mit ernster Aufmerksamkeit verfolgen.

Colban in Ost-Oberschlesien.

Kattowitz, 11. Januar. Heute mittag gab der Woiwode zu Ehren des Leiters der Abteilung für nationale Minderheiten beim Völkerbund, des Norwegers Colban, ein Frühstück, bei dem er den Gast willkommen hieß. In seiner Ansprache gab er der Genugtuung Ausdruck, daß Colban der Einladung der polnischen Regierung gefolgt sei und drückte die Hoffnung aus, daß er sich durch unmittelbare Fühlungnahme mit den beteiligten Stellen davon überzeugen werde, daß Polen alle Punkte des Genfer Abkommens gewissenhaft erfülle. (!) Direktor Colban dankte in einer Rede für den Empfang und drückte seine Befriedigung darüber aus, daß es ihm möglich gewesen sei, nach Oberschlesien zu kommen, wo er es sich zur Aufgabe machen werde, die Minderheits- und Wirtschaftsprobleme einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Heute abend findet beim Präsidenten Calonder auf Schloß Neudeck ein Empfang statt.

Aenderung der tschechischen Außenpolitik?

Die Auswirkung des deutsch-italienischen Vertrages.

London, 11. Jan. Der gegenwärtig in Wien weilende Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle", George Renwick, meldet seinem Blatte: Es sei anzunehmen, daß das nächste Ereignis, das auf die Unterzeichnung des deutsch-italienischen Vertrages folgen werde, die Neuorientierung der tschecho-slowakischen Außenpolitik sein werde. Diese Neuorientierung werde nichts Geringeres bedeuten als den

Verzicht der Tschecho-Slowakei auf ihre Rolle bei der Bildung eines eisernen Ringes um Deutschland, der den französischen und polnischen Militaristen so wertvoll sei.

Ferner würden binnen kurzem die Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei in Prag beginnen. In Rom beginne man ebenfalls, Oesterreich wegen ähnlicher Besprechungen zu sondieren. „Daily Chronicle" sieht in der von seinem Wiener Sonderberichterstatter berichteten Aenderung der tschechischen Außenpolitik ein Zeichen, daß die **Tendenz bestehe, mit den künstlichen Gruppierungen der letzten Jahre „ein Ende zu machen".**

Die Prager Zitadelle in Flammen

In den Abendstunden des Montag brach in der ehemaligen Zitadelle Feuer aus, das rasch größeren Umfang annahm. Die Zitadelle war seit kurzem als Autowerkstatt der Prager Postdirektion und des Postministeriums eingerichtet worden. Der Schaden ist unübersehbar und geht in die Millionen. Zwanzig Postautobusse sind außer der gesamten Einrichtung der Werkstatt und den großen Vorräten verbrannt.

Die Reichsfinanzen von April bis November 1926.

Berlin, 11. Jan. Nach der Uebersicht des Reichsfinanzministeriums über die Reichseinnahmen und -ausgaben in den Monaten April bis November 1926 betragen im ordentlichen Haushalt die Einnahmen im November 672,7, die Ausgaben 660,8 Millionen Mark, so daß ein kassenmäßiger Ueberschuß von 11,9 Millionen Mark verbleibt. Im außerordentlichen Haushalt sind für November nur Ausgaben in Höhe von 43,1 Millionen Mark aufgewiesen. **Von April bis Oktober belaufen sich im ordentlichen Haushalt die Einnahmen auf 4330,1 Millionen Mark,** und zwar aus Steuern, Zöllen und Abgaben 4100,6 und aus der Verwaltung 229,5 Millionen Mark. **Die Ausgaben betragen** für die allgemeine Reichsverwaltung 2504,6, für Reparationszahlungen 188,4, für Steuerüberweisungen 1486,1, **insgesamt 4179,1 Millionen Mark. Der kassenmäßige Ueberschuß in diesem Zeitpunkt weist 151 Millionen Mark auf. Der etatmäßige Ueberschuß beträgt einschließlich der in dem Haushalt eingestellten Ueberschüsse aus dem Jahre 1924 und 1925 370,9 Millionen Mark.**

Im außerordentlichen Haushalt stehen 392,9 Millionen Mark Ausgaben für allgemeine Reichsverwaltung und Reparationszahlungen nur 1,3 Million Mark Einnahmen gegenüber, so daß **391,6 Millionen Mark aus vorhandenen Beständen oder aus Anleihe zu decken sind.** Zu Lasten des Rechnungsjahres 1925 wurden im ordentlichen Haushalt nachträglich eingenommen 0,2 und ausgegeben 14,5, im außerordentlichen Haushalt 48,5 und 333,6 Millionen Mark.

Die Referententätigkeit in den obersten Reichsbehörden.

Berlin, 11. Januar. Im Hauptausschuß des Reichstags wurde über die Wiedereinführung des ehemaligen Zustandes verhandelt, wonach die Referenten- und Expediententätigkeit in den obersten Reichsbehörden im wesentlichen von Vortragenden Räten (Ministerialräten) und Geheimen expedierenden Räten (Ministerialamtmännern) wahrgenommen worden ist. **Ministerialdirektor Dr. Lotholz** führte dazu aus, daß in der Nachkriegszeit in großem Umfange Oberregierungsräte und Regierungsräte, Oberinspektoren und Inspektoren und bis vor kurzem auch Obersekretäre zur Arbeit in den obersten Reichsbehörden herangezogen worden seien, weil zu dieser Zeit in allen Ressorts zwecks beschleunigter Erledigung der zahlreichen Aufgaben jüngere Kräfte in großer Zahl gebraucht wurden, deren alsbaldige Beförderung zu Ministerialräten und Ministerialamtmännern nicht in Frage kommen konnte. Es soll nun angestrebt werden, die Referentenarbeit wieder im allgemeinen von Ministerialräten und nur zum kleinen Teil von Oberregierungsräten, die Expedientenarbeit im allgemeinen von Ministerialamtmännern und zu einem kleineren Teil von Oberinspektoren erledigen zu lassen. Soweit neben den vorhandenen planmäßigen Beamten jüngere Kräfte zur sachgemäßen Erledigung der Geschäfte in den Reichsministerien nicht entbehrt werden können, sollen sie lediglich zur vorübergehenden kommissarischen Dienstleistung aus den Reichsmittelbehörden einberufen werden. **Desgleichen bietet sich auch die Möglichkeit, geeignete Beamte der Länderverwaltungen unter Belassung in ihrer heimischen Planstelle einzuberufen.** Auf diese Weise sind die **Wege für die Heranziehung eines geeigneten Beamtennachwuchses** geebnet, um bei dieser Besetzung der Planstellen in den Ministerien, besonders auch der Referentenstellen, auf Kräfte zurückgreifen zu können, die sowohl in der Außenverwaltung wie in den Ministerien sich praktisch betätigt und Erfahrungen gesammelt haben.

Völkische Neubildung in Bayern.

München, 11. Januar. Der Nationalsoziale Volksbund, der hier seine zweite Landestagung abhielt, beschloß einstimmig den Anschluß des Nationalsozialen Volksbundes an die Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung mit dem Namen Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung, Landesverband Bayern. Zum ersten Vorsitzenden wurde Landtagsabgeordneter Drechsler und zum ersten Schriftführer Landtagsabgeordneter Frühauf gewählt. (WTB.)

Stockholm, 11. Januar. Der schwedische Reichstag wurde heute mit einer Thronrede eröffnet.